

Bezugspreis:
Bierst. 30. — M. monatl. 10. — M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 10. — M. ein-
stellungsgeld. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, das Saar-
und Rheinland, sowie die rheinl. deut-
schen Gebiete, Polen, Ostpreußen,
Litauen und Ostpreußen 20. — M. für
das übrige Ausland 25. — M. Post-
bestellungen nehmen an: Döbberich,
Ungarn, Tschechoslowakei, Däne-
mark, Holland, Venedig, Schweden
und die Schweiz.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Erdung und Kleingarten“
erscheint wochentlich zweimal, Sonntags
und Montags einmal.
Telegraphisch-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt
Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die schlagzeilenlose Kopierbeilage
kostet 1,50 M. „Kleine Anzeigen“
das Setzgebühren Wort 1,50 M. (je-
weilig zwei Setzgebühren Worte), jedes
weiteres Wort 1. — M. Stellenanzeigen
und Schlußzeilenanzeigen das erste
Wort 1. — M. jedes weitere Wort
50 Hg. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten Preis 1. — M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Zustellungsgeldes.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 6 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Dienstag, den 2. August 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Kernsprecher: Verlag, Expedition und Inseraten-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Rußland in Hungeraufrühr.

Sechs Millionen marschieren auf Moskau!
Kopenhagen, 1. August. (WZ.) Nach einer Meldung
des Moskauer Bolschewistenblattes „Iswestija“ beläuft sich die Zahl
der hungernden Bewohner in Ostrußland, die auf Moskau
zu marschieren, auf über 6 Millionen. Sie über-
schwemmen die Gouvernements Tambow, Penza und Wo-
ronesch und bewegen sich ohne Aufenthalt vorwärts. Am 20. Juli
erreichten sie die Stadt Tambow, nachdem sie die ihnen entgegen-
gekommenen Truppen in die Flucht geschlagen hatten. Sie
plünderten alle Vorräte und töteten sämtliche Pferde der Kavallerie,
der Feuerwehr und der Droßkfen. Die Untersuchung ergab, daß die
Truppen, denen der Schutz der Stadt anvertraut war, sich ge-
weigert hatten, auf die Menge zu schießen.

schätzt die Aufwendungen, die das amerikanische Hilfswerk in Ruß-
land erfordert, auf 1¼—1½ Milliarden Dollar monat-
lich. Die erste Lebensmittelendung wird wahrscheinlich nach
Petersburg gehen. Außer Lebensmitteln würden auch
Arzneien gesandt werden.

Arbeiteropposition in Rußland.

Die bekannte russische Bolschewistin, Alexandra Kol-
lontai, Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen
Partei Rußlands, hat eine Broschüre über die „Arbeiter-
opposition in Sowjetrußland“ geschrieben, der vom Zentra-
lkomitee die Druckertauglichkeit verweigert wurde. Frau Kollontai
ließ die Broschüre illegal drucken und auf dem Parteitag der
russischen Kommunisten verbreiten: eine weitere Verbreitung,
über den Kreis der Delegierten hinaus, wurde jedoch verboten.
Jetzt beginnt die Berliner „Komm. Arbeiterzeitung“ mit
dem Abdruck dieser Schrift, die sich mit großer Wärme für die
Arbeiter im Gegensatz zur Sowjetbureaucratie einsetzt. Sie
rühmt jene gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die sich an
dem „Wettlauf um die Sowjetkarriere“ nicht beteiligten und
sagt von ihnen:

In dem Augenblick, als die Situation an der Kriegsfrente ruhiger
geworden ist, und als der Schwerpunkt des Lebens mehr auf den
wirtschaftlichen Wiederaufbau übergegangen ist, haben sich diese
typischen, unbestechlichen, die begeistertsten und standhaftesten
Vertreter der proletarischen Klasse heisst, ihren Rüstrock abzulegen,
ihre Kappen voller bürokratischer Papiere beiseite zu legen, um den
stillen Ruf ihrer Klassenbrüder, der Fabrikarbeiter, der Millionen
russischen Proletarier zu beantworten, die selbst in der sowjetischen
Arbeitsrepublik ein geschändetes, elendes Zuchthäuserdasein führen.
Mit ihrem Klasseninstinkt haben diese Genossen, die an der
Spitze der Arbeiteropposition stehen, verstanden, daß etwas faul ist
im Staate Dänemark. Wer hätte zu Beginn der Revolution von
„unteren und oberen“ Schichten gesprochen. Die Massen,
die Arbeitermassen, und die leitenden Parteinstanzen waren eins.
Die Hoffnungen, die in den unteren Schichten das Leben und den
Kampf geboren haben, fanden ihren stärksten Widerhall, ihre Klarste
und wissenschaftliche Formulierung in den leitenden Parteinstanzen.
Ein Gegensatz zwischen oberen und unteren Schichten war undenkbar.
Heute besteht dieser Gegensatz; mit keiner Agitation, mit
keinen terroristischen Methoden wird aus dem Bewußtsein der breiten
Massen die Entstehung einer charakteristischen neuen „sozialen
Schicht“ der sowjetischen Parteimitglieder hinweggefeuert werden.

Auf dem russischen Kommunistentag hat Trotzki die Be-
wegung der Arbeiteropposition für „gefährlich“ erklärt. Es
steht nicht gut um die russischen Wächter, wenn ihnen die
Wahrheit gefährlich ist.

Alle Macht — dem Hilfskomitee!
Kopenhagen, 1. August. (WZ.) „Politiken“ veröffentlicht eine
Petersburger Meldung, wonach dort Gerüchte verbreitet wurden,
daß die Sowjetregierung gegenüber den Menschewiki die
Erklärung abgegeben habe, daß sie der Lage in Rußland nicht
gewachsen sei. Sie sei bereit, mit allen Parteien
das Schicksal Rußlands zu bestimmen. Sie verlange, daß das ein-
gesetzte Hilfskomitee, in dem die Bolschewisten nur schwach
vertreten seien, die Macht übernehmen solle.

Die Cholera wütet.

Kopenhagen, 1. August. (WZ.) „Politiken“ wird aus Riga
telegraphiert: Amlich wird mitgeteilt, daß die Cholera im
Gouvernement Samara furchtbar wüte. Allein in der Stadt
Samar kommen täglich 400 neue Fälle vor. Eine ungeheure An-
zahl stürbender Eltern hat ihre Kinder zurückgelassen. Im Gouverne-
ment Samara gibt es bereits über 40000 solcher verlassener
Kinder. Trotzki erklärte in einer Unterredung, daß das
verbreitete Gerücht von einer Mobilisierung Sowjet-
Rußlands gegen Polen, Rumänien und Lettland eine freche,
imperialistische Lüge sei, da die Rote Armee zurzeit drei
bis vier mal geringer sei als vor 3 Monaten. Dagegen würden viele
neue Offizierschulen errichtet, um die Schlagfertigkeit des
Heeres zu verbessern.

Amerika hilfsbereit.

London, 2. August. (WZ.) Hoover hat dem in London
weilenden Leiter des amerikanischen Hilfswerkes für Europa den
Auftrag erteilt, sich sofort nach Riga zu begeben, um mit den
russischen Sowjetbehörden über die Einleitung des amerikanischen
Lebensmitteltransportes für Rußland zu verhandeln.
Hoover teilt mit, daß die Lebensmittelendungen über Danzig
im Einvernehmen mit Rußland sofort beginnen können. Er

Sanktionen und Kabinett Wirth.

Hamburg, 2. August. (WZ.) Die „Neue Hamburger Zeitung“
veröffentlicht eine Zuschrift von führender parlamentarischer Seite,
worin zu der Frage eines Rücktritts des Kabinetts Wirth Stellung
genommen wird. Unter Berufung auf die bekannten Äußerungen
des Reichskanzlers Dr. Wirth und des Reichsjustizministers Dr.
Schiffer stellt die Zuschrift fest, daß sich das Ministerium vollständig
klar über die Notwendigkeit seines Rücktritts sei, falls es in der
oberen und unteren in der Angelegenheit der „Sanktionen“ keinen
Erfolg erzielt. Es wird hinzugefügt, das Parlament teile in
seiner überwiegenden Mehrheit den Standpunkt der
Regierung und werde nichts tun, um die Konsequenzen hintan-
zuhalten, die die Regierung selbst zu ziehen entschlossen sei. Wörtlich
heißt es dann: „Von der Entscheidung über Ober- und untere
die Sanktionen hängt also das Schicksal des Kabinetts Wirth, das
Schicksal Deutschlands“ und darüber hinaus das Schicksal eines großen
Teiles der Welt ab. Diese Entscheidung würde ihre vernichtende
Wirkung aber nicht bloß dann ausüben, wenn sie zu ungunsten
Deutschlands und der Gerechtigkeit erginge, sondern auch dann, wenn
sie ganz oder zu einem wesentlichen Teil hinausgezögert würde.
Eine weitere Verschleppung, sei es durch eine Verschiebung der
Konferenz, sei es auch durch eine internationale Verwaltung des In-
dustriegebietes unter Ausbeutung der endgültigen Zuteilung, wäre
ebenso unerträglich, wie eine positive ungünstige Entscheidung.“

Neuer Moskau-Sieg: Wieder eine Spaltung!

Paris, 2. August. (WZ.) Die Minderheit der CGT hat
sich nach dem Viller Kongress in einer Versammlung beschlossen, in
jeder Stadt, in jedem Departement, in jeder Region revolutionä-
re, sozialistische Komitees (CSR) zu bilden. Ein
Zentralkomitee wird in Paris seinen Sitz haben mit Herrn
Janton als Generalsekretär. Die Minderheit sucht auf diese
Weise einen wirksamen Bund der CGT, gegenüber zu gründen, um
für den Fall der Spaltung bereit zu sein. Es wurde beschlossen,
auf die erste Ausschließung einer Minderheit der Gewerkschaften die
Spaltung folgen zu lassen.

Harding und Versailles.

London, 2. August. (WZ.) „Morning Post“ zufolge will
Harding den Gedanken, den Senat zur Annahme des Versailler
Friedensvertrages zu bewegen, endgültig aufgeben.

London, 2. August. (WZ.) Wie aus Plymouth (Massachusetts)
gemeldet wird, drückte Präsident Harding auf der Dreihundert-
jahrfeier der Landung der Pilgrimsväter die Hoffnung aus, daß die
kommende Abrüstungskonferenz der Welt eine neue
Ära des Friedens und der Freiheit bringen würde. Harding
sagte, die internationale Lage sei sehr hoffnungsvoll.

London, 2. August. „Morning Post“ zufolge ist mit der Tatsache
zu rechnen, daß alle Premierminister der Dominions sich
für die Heimreise in diesem Monat vorbereiten und jede Absicht
aufgeben, an der Washingtoner Konferenz im November
teilzunehmen.

Vertrauensvotum für Bonomi im Senat.

Rom, 2. August. (WZ.) Der Senat hat eine Tagesordnung
mit 146 gegen 17 Stimmen bei 21 Stimmenthaltungen angenommen,
worin der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird.

Richtung Angora.

Athen, 2. August. (WZ.) Gut unterrichtete Abendblätter
teilen mit, daß beschlossen worden sei, die militärische Aktion
mit großem Nachdruck gegen Angora anzusetzen.

Die Legionärplage in Deutschböhmen.

Wien, 2. August. (WZ.) Die Blätter melden aus Puffig:
Im Verlaufe einer von 1500 tschechischen Legionären ver-
anstalteten Protestversammlung kam es zu Ausschreitungen
gegen deutsche Passanten, die von den Tschechen ver-
prügelt wurden, ohne daß die Polizei eingriff.

Kapp. Aus zuverlässiger Quelle wird uns mitgeteilt, daß
Kapp sich noch in Schweden, Pension Dals Ed in Dalsland,
befindet.

Zum Agrarprogramm.

Von Otto Albrecht.
Im Erfurter Programm wird die Bergesellschaftung des
Grund und Bodens noch an erster Stelle, ganz allgemein,
also auch für die Landwirtschaft gefordert. Ich bin
erstaunt, wie der Genosse David in Nr. 336 des „Vorwärts“
dazu kommt, unter Berufung auf Kautsky zu beweisen,
daß das Erfurter Programm solche Forderung nicht ent-
halte, und zu erklären, eine solche Forderung „müsse sowohl
vom Standpunkte der Theorie des wissenschaftlichen Sozial-
ismus wie von dem der praktischen Wirtschaft aus scharf ab-
gewiesen werden“. Gewiß, einer „Konfiskation der kleinen
Bauerngüter“ kann kein nüchtern Denkender das Wort reden.
Die vorhandenen Betriebe mögen und sollen bestehen blei-
ben, bis sie von innen heraus selbst den Drang bekommen, sich
so oder anders umzuformen. Der sozialistische Genossen-
schaftsbetrieb kann und darf sich nur in wirtschaftlicher
und technischer Ueberlegenheit wettbewerben
durchsetzen, und auch der alte Streit, welche Betriebs-
größen den Vorzug verdienen, kann und darf jeweils nur
auf demselben Wege entschieden werden. Ebenso wäre es be-
denklich, ganz allgemein von einer Bergesellschaftung der Pro-
duktionsmittel, beispielsweise der Gerätschaften und Bewe-
glichen anderen Inventarien der landwirtschaftlichen Betriebe
(nicht bloß der Kleinbetriebe!) zu reden. Aber mit dem
Grund und Boden, als Produktionsmittel, hat es denn
doch eine ganz andere Bewandtnis. Dieser kann ohne
jedwede Schädigung der Volkswirtschaft
ausnahmslos vergesellschaftet werden, und
er sollte es sogar zum Nutzen und zur Hebung
unserer Ernährungswirtschaft — auch hin-
sichtlich der Kleinbetriebe. Es ist nicht wahr,
daß nur das Privateigentum am Grund und
Boden im Kleinbetriebe die höchste Ergiebig-
keit gewährleistet. Die vielen Erbpachtgüter und sogar
die Zeitpachtgüter und Wirtschaften (besonders die staatlichen
Domänen beweisen in ihrem Zustande und in ihren Erträgn-
nissen, daß es nicht das private Eigentum an sich ist, sondern
ein mehr oder weniger gesicherter Besitz, der die zu erstre-
bende größere Ergiebigkeit zeitigt. Oft genug ist das Privatei-
gentum am Grund und Boden im Gegenteil die Hauptur-
sache der Zurückgebliebenheit und der Nichtausnutzung vor-
handener Wirtschaftsmöglichkeiten — auch im Kleinbetriebe,
und in diesem vielleicht sogar am allermeisten. Das sagen und
bestätigen uns hervorragende praktische Landwirte!
Grund und Boden sollte sowohl grundsätzlich wie auch aus
praktischen Erwägungen nur in der Form des Nutz-
niehungsrecht, das mit der Bewirtschaftungs-
pflicht in unlöslichen Zusammenhang zu bringen ist, ver-
geben werden, so daß notorisch Untüchtige den Tüchtigsten
zu weichen haben, indem die Untüchtigkeit und die gräßliche
Bernachlässigung der Bewirtschaftungspflicht einen hauptfäch-
lichen wichtigen Grund zur Auflösung des Pachtvertrages her-
stellt.

Die Bergesellschaftung des gesamten Grund und Bodens
sollte im Agrarprogramm als sein zu erstrebendes Ziel klar
und bestimmt ausgesprochen werden, ohne Rücksicht auf
politisch-agitatorische Bedenken! Ebenso klar und bestimmt
aber auch die Absicht, daß das Besitz, das heißt das Be-
wirtschaftungsrecht vom Eigentumsrecht zu lösen
und daß durch die Aufhebung des Privateigentums am
Boden kein einziger in seinem rechtmäßigen Bestande zu be-
helligt ist. Worauf es hier im Zweck und Ziel zu allererst
ankommt, ist dieses: die Grundrente künftighin
restlos der Allgemeinheit zuzuführen!

Wenn die kommunistische Partei in ihrem Pro-
gramm das Privateigentum des Kleinbauern als unantastbar
bezeichnet, so darf man sich damit nicht verblüffen lassen. Denn
das ist ein ganz echter kommunistischer Kniff, der nur auf den
Bauernfang berechnet ist. Solche Maßnahmen dürfen wir nicht
machen. Sozialdemokratische Bauernpolitik mit der Hoffnung,
die Bauern, also die landwirtschaftlichen Kleinbesitzer bau-
ern und an unsere Fesseln zu fesseln, läßt sich erst dann mit Er-
folg betreiben, wenn einmal die Bodenvergesellschaftung eine
vollzogene Tatsache sein wird. Bis dahin wird man aus den
Bauernsichten nur gelegentliche Parlamentswähler heraus-
holen. Wir sollten lieber alles darauf ansetzen, die Land-
arbeiterschaft restlos unserer Partei zuzuführen; da-
mit ganz allein kann schon die Mehrheit der Landbe-
wölkerung den sozialistischen Zwecken und Zielen dienstbar
gemacht werden. Die Landarbeiterschaft ist nicht an dem
Privateigentum interessiert, und es kann nicht so fürchterlich
schwer fallen, ihr das begreiflich zu machen, sobald sie sich über-
haupt erst einmal an selbständiges politisches Denken gewöhnt
haben wird.

Was die Punkte 1 bis 3 und 5 angeht, so sind darin Be-
denken und Forderungen ausgesprochen, die unsere Partei nicht
bürgerlichen Sozialreformern um nichts mehr unterscheiden,
Gegen die gefährdeten Zwangsgepölsel haben

ich indessen dieselben Einwendungen zu erheben, die Genosse David dagegen vorbringt. Zu Punkt 4 sowie zum letzten Absatz des Punktes 5 verweise ich auf das schon weiter oben ganz allgemein Gesagte: Die genossenschaftlichen Betriebsformen dürfen nicht künstlich herbeigeführt und unter Umständen mit allerhand unrentierlichen Zuschüssen aufgepöppelt und erhalten werden; sie haben sich vielmehr im Wettbewerb mit den Privatbetrieben durchzusetzen, oder sie sind nicht daseinsberechtiget. Punkt 6 hätte schon längst erledigt sein sollen: durch Schaffung eines Reichsnotengesetzes, das die Ueberführung von Grund und Boden, der sich bereits in der öffentlichen Hand befindet, in Privateigentum verbietet. Punkt 7 offenbart eine gewisse Aengstlichkeit und Jagdbastigkeit. Dem dort so schüchtern Vorgetragenen gegenüber erscheint beispielsweise der bürgerliche Bodenreformer Adolf Damaschke mit seinem Bodenreformgesetzentwurf (betreffend Bodenvorratswirtschaft) als ein ganz radikaler roter Revolutionär. Allerdings, wenn man dem Genossen David folgen will, dann kann man sich als sozialdemokratischer Bodenreformer überhaupt begreifen lassen! Nach dessen Bekenntnis ist ja die „Bodenreform“ des (in dieser Hinsicht vom sozialdemokratischen Standpunkt aus überhaupt nicht haltbaren) Reichsiedlungsgesetzes aller Weisheit letzter Schluss. Sein (Davids) Hinweis auf die „Siedlungsordnung der sechs Volksbeauftragten“ imponiert mir ganz und gar nicht. Weil diese schon nicht weitergegangen sind, bzw. weil diese dem Privateigentumsgeanken unsozialistische Zugeständnisse höchst bedenkl. Art gemacht haben, deshalb soll auch unser Parteiprogramm und unsere Partei nicht weitergehen und sich ebenfalls dem Privateigentumsgeanken verschreiben? Das fehlt bloß noch: einem bürgerlich-sozialistischen Reformprogramm noch das Unfehlbarkeitsdogma einer parteipäpstlichen Führerschaft hinzuzufügen oder zu unterlegen! Eine glattere Vorklärung der sozialdemokratischen Gedanken- und Ideenwelt wäre kaum denkbar. Hierzu siegt, schätze ich, nicht die geringste Veranlassung vor. Die Partei kann und wird sich den Willen auf eigene Urteils- und Befehlsfindung nicht beschränken und beschneiden lassen. Sie muß also Zumutungen, wie David solche stellt, entschieden ablehnen.

Daß wir in der Bodenvergesellschaftungsfrage nur etappenweise zum Ziele gelangen werden, ist möglich, vielleicht sogar wahrscheinlich, nachdem der beste Zeitpunkt dafür (die Novembertage 1918) zunächst einmal unausgenutzt verstrichen ist. Wer aber kann uns denn sagen, ob nicht in absehbarer Zeit wieder einmal sich solche Gelegenheit bieten kann? Die sehr günstigen Novembertage 1918 sind nur dadurch nicht ausgenutzt worden, weil wir damals in unserer Gedankenwelt für solche Umwälzung einfach nicht vorbereitet waren. Hätten wir (im Besitz der politischen Macht wohlgemerkt!) damals durch ein Revolutionsgesetz klar und bestimmt verfügt: „Grund und Boden ist fortan unveräußerliches Eigentum der Volksgemeinschaft“, so wäre heute die Bodenfrage dem Grunde nach gelöst. Auch die früheren Privateigentümer, besonders die kleinen, würden inzwischen längst zu der Erkenntnis gekommen sein, daß dieses die beste Lösung, und sie würden heute schon gute und überzeugte Sozialdemokraten sein, jedenfalls sichere Wählertruppen der Sozialdemokratie.

Es geht also nicht an, das Bodenvergesellschaftungsziel im Programm zu verschleiern, oder es gar, wie David das verlangt, aufzugeben, und das bereits vorhandene Allgemeineigentum abzubauen. Es muß im Gegenteil mit aller Deutlichkeit und Schärfe als Ziel hervorgehoben werden, damit es gegebenenfalls auch — ich betone das nochmals — auf revolutionärem Wege verwirklicht werden kann. Im übrigen wollen und müssen wir uns allerdings auch auf das allmähliche „Hineinwachsen in den Bodensozialismus“ einrichten, weil wir nicht im voraus wissen können, wie die vor uns liegende Entwicklung laufen wird.

In einem Punkte stimme ich mit David überein: Mindestens der Inhalt des Agrarprogramms ist noch nicht reif, auf dem nächsten Parteitage schon verabschiedet zu werden. In Wirklichkeit befinden wir uns nämlich erst am An-

fange der notwendigen Erörterungen praktischer Agrarfragen, die programmatisch zu formulieren sind. Lassen wir uns noch mindestens ein Jahr Zeit, und machen wir inzwischen alle Kreise und Kräfte mobil, die uns hierüber wichtiges zu sagen wissen. Und versuchen wir dann abermals, programmatische Formeln aufzustellen. Versäumt kann in dieser Zeit nichts werden, wohl aber besteht Aussicht, manches und vieles zu gewinnen.

Mittelschlesischer Bezirkstag.

Breslau, 1. August. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Eine Parteikonferenz der Sozialdemokratischen Partei für Mittelschlesien, die gestern in Breslau stattfand, wurde mit einem Referat des Genossen Landtagsabgeordneter Scholich über die politische Lage eröffnet.

Die Entscheidung über Obereschlesien, die alle unsere Wünsche sehr wahrscheinlich nicht erfüllen werde, wird eine neue Regierungstrategie bringen, zumal die Demokraten angesichts der Steuervorlage die Mitverantwortung für die Wätschen der Reichspolitik gern los sein wollen. Durch die Möglichkeiten, die sich aus einem Sturz der Regierung ergeben könnten, sei die Fortsetzung der heutigen Koalitionspolitik unter stärkerer Heranziehung der Unabhängigen infolge der Haltung gewisser unabhängiger Führer nicht gesichert. Die Erweiterung der Koalition durch die Deutsche Volkspartei sei gegenwärtig infolge ihres monarchistischen Charakters nach der Stimmung der Arbeiterschaft aussichtslos. Eine bürgerliche Reichsregierung würde, wie das Vorbild der preussischen Regierung zeigt, sofort ins deutsche Fahrwasser geraten. Insbesondere die Personalpolitik des Innenministers Dominicus mit ihrer Erneuerung des Juristenprinzips für höhere Verwaltungsposten und der Privilegien wohlhabender Anwärter durch künstliche Niedrighaltung der Gehälter für Landräte lassen hier das Beste erwarten. Nun müsse die Arbeiterschaft sich auch den vierten

Ausweg durch Neuwahlen im Reich

auf jeden Fall sichern. Dazu läme möglicherweise infolge des Drängens des Reichspräsidenten demnächst die Reichspräsidentenwahl, wie auch in Preußen im nächsten Frühjahr Neuwahlen auf kommunalem Gebiet zu erwarten sein. Die Wiederbeteiligung an der preussischen Regierung würden wir erst begrüßen können, wenn die Verhältnisse im Reich sich wieder geklärt haben. Der Referent sprach dann über die obereschlesische Frage, deren Entscheidung durch den Obersten Rat wir abwarten und hinnehmen müssen. In der Selbstschutzfrage wären entgegengesetzte Meinungen der obereschlesischen Parteigenossen auszugleichen, nachdem der reaktionäre Charakter des Selbstschutzes offensichtlich geworden sei. Wegen eines vierten Polenpunktes ist nach allgemeiner Ueberzeugung der obereschlesischen und der übrigen schlesischen Parteigenossen der Selbstschutz kein geeignetes Mittel, während alle innerpolitisch nicht Reifenden des Selbstschutzes besonders in den Arbeitsgemeinschaften sich zu einer immer ernsteren Gefahr auswachsen. Auch die Vereinigten Verbände heimattreuer Obereschlesier würden leider

neuerdings in ein reaktionäres Fahrwasser

geführt.

Anschließend an diese Aussprache betonte der Bezirksvorsitzende der obereschlesischen Sozialdemokratie, Genosse Hauke-Ratowicz, seine Uebereinstimmung mit den Ausführungen Scholichs über den Selbstschutz und die Heimattreuen. Die größte Gefahr für Obereschlesien wäre eine Dreiteilung auf längere Zeit, bei der das Industriegebiet aber unter alliierte Verwaltung käme. Nichts könne die nationalistische Hege sicherer konservieren, als diese unglückliche Schicksalslösung.

Die Bezirkskonferenz nahm dann einstimmig eine Entschließung an, in der die unverzügliche Auflösung aller Arbeitsgemeinschaften nach Art der Arbeitsgemeinschaft Rostock verlangt wurde, da deren militärischer Charakter in Schlesien sich immer deutlicher offenbare.

Anschließend wurden Organisationsfragen besprochen, wobei berichtet werden konnte, daß der mittelschlesische Bezirk gegenwärtig an Mitgliederzahl an erster Stelle unter allen reichsdeutschen Bezirken steht.

Versammlungslügen.

Der Landtagsabgeordnete Gandorfer veröffentlicht folgendes:

Unter dieser Ueberschrift erschien kürzlich in den Volkspartei-Zeitungen ein Artikel von Dr. Heim, der sich mit meiner Person beschäftigt, weil ich in einer Versammlung in Freilassing behauptet habe, daß ich am Telephon stand und das Gespräch mithörte,

als Dr. Heim kurz nach dem Umsturz 1918 den damaligen Ministerpräsidenten Eisner antelephonierte und sich seine Organisation der Revolutionsregierung zur Verfügung stellte.

Dr. Heim will selbstverständlich von jenen Geschehnissen heute nichts mehr wissen und versucht, durch Hereinziehen von Gesprächen, die er mit dem sozialdemokratischen Abgeordneten Auer führte, welcher damals Minister des Innern war, sich wieder einmal als unschuldiges Lämmlein hinzustellen.

Was ich in Freilassing gesagt habe, ist nackte Wahrheit und wiederhole ich dieselbe wiederum:

Herr Dr. Heim hat kurz nach dem Umsturz 1918 den Ministerpräsidenten Eisner telephonisch angerufen und sich und seine Genossenschaft der Revolutionsregierung zur Verfügung stellen wollen.

Weiter halte ich meine Behauptung aufrecht, daß wenige Tage später Dr. Heim persönlich bei Eisner erschien und diesem mündlich wiederum erklärte, daß er sich und seine Genossenschaft zur Mitarbeit zur Verfügung stelle.

Daß Dr. Heim von seiner damaligen Haltung heute nichts mehr wissen will, finde ich begreiflich. Das gibt ihm aber noch lange nicht das Recht, der Wahrheit Gewalt anzutun und zu versuchen, andere zum Lügner zu stampeln. Denn es ist und bleibt Tatsache, daß Dr. Heim bei Eisner sich nicht nur telephonisch anbot, sondern auch persönlich erschien. Herr Dr. Heim darf sich ja nur bei Meyer-Hellkosen erkundigen, dieser wird ihm dann das Gedächtnis, das ihn hinsichtlich der Revolutionsvorgänge merkwürdig oft verläßt, schon etwas auffrischen und ihn an das im Bayerischen Hof in München geführte Gespräch erinnern.

Meyer-Hellkosen war nämlich mit mir bei Ministerpräsident Eisner und hörte es mit an, wie Eisner mir erzählte, daß Dr. Heim neben persönlich bei ihm war, um das telephonisch gemachte Angebot mündlich zu wiederholen.

Geldstrafe oder Freiheitsstrafe.

Von zuständiger Stelle geht uns eine ausführliche Zuschrift zu, die nochmals den kürzlich veröffentlichten Gesetzesentwurf über die Geldstrafen und die kurzen Freiheitsstrafen zu verteidigen sucht. Das Schreiben wendet sich gegen die von uns vertretene Auffassung, der Arbeiterschaft komme der Entwurf schon deshalb nicht zugute, weil sie die erhöhten Geldstrafen doch nicht zahlen könne. Es wird darauf hingewiesen, daß gegen eine Anpöpfung der Geldstrafen an den gesunkenen Geldwert nichts eingewendet werden könne und daß gerade von Rechtslehrern, die besonders die soziale Seite des Verbrechens betont hätten, wie von Vizt, der Ausbau der Geldstrafe gefordert worden sei.

Auch wir begrüßen grundsätzlich jede Erleichterung der bestehenden Gesetze und betonen schon neulich, daß gerade die Möglichkeit, an Stelle der bisher ausschließlich geltenden Gefängnisstrafe für Diebstahl die Erziehung durch Geldstrafe sehr erzieherlich ist. In dieser Hinsicht stimmen wir also mit der Zuschrift der zuständigen Stelle völlig überein. Wovon uns diese jedoch nicht zu überzeugen vermag, ist die Tatsache, daß die Geldstrafe von den Angehörigen der nichtbesitzenden Klasse nicht wird entrichtet werden können. Wenn den Gerichten auch die Befugnis gegeben werden wird, Fristen und Teilzahlungen zu bewilligen und die Tilgungsmöglichkeit durch freie Arbeit geschaffen wird, so müßte doch Hand in Hand mit diesen Vorschriften eine Staffelmöglichkeit der Geldstrafen vorgehen werden, die für den Unbemittelten die Ableistung der Strafe in Geld nicht zur Illusion macht.

Wie wir erfahren, ist vorgesehen, daß von der Vollstreckung einer Ersatzfreiheitsstrafe dann abgesehen werden kann, wenn den Zurückgebliebenen ohne sein Verschulden außerstande ist, die Geldstrafe zu zahlen oder durch freie Arbeit zu tilgen. Hier ist unseres Erachtens der Weg, der zu einer Verständigung führen kann. Es muß das Prinzip jeder künftigen Gesetzgebung werden, die Strafe nicht nur nach der Schwere des Verbrechens, also nach den objektiven Gesichtspunkten, sondern ebenso nach der sozialen Lage des Verbrechens, also nach den subjektiven Gesichtspunkten, zu bemessen. Nicht das Gesetz in der Bemessung von Geldstrafen zwischen arm und reich einen gründlichen Trennungsschnitt, so werden hierdurch keine Klassenunterschiede geschaffen, sondern bestehende Unterschiede werden beseitigt. Und dies in möglichst vollkommenem Umfange zu erreichen, sollte das Ziel jeder Gesetzgebung sein.

Am Ferienzug.

Von Th. Thomas.

In der großen Bahnhofshalle steht die lange Wagenreihe. Born, gleich hinter dem Signaldäusen, drei Wagen, die mit Hunderten von Kindern besetzt sind. Draußen auf dem Bahnsteig aber drängt sich eine dichte Schaar, meist Frauen, nur hier und da ein männliches Wesen. An die zweihundert Mädchen fahren irgend wohin, von wo sie mit roten Böden wiederkommen sollen. Sie haben es auch nötig, alle zusammen.

„Mutti, wenn's löhrt, ich winte mit dem grünen Tuch, wo du das grüne Tuch siehst, das bin ich.“

„Schön, Trudchen, aber tu nur den Arm nicht zu weit raus.“

„Ach, so weit kann man doch rauslangen, guh, so...“

„Mutter, ich winte bis hinter der Brücke.“

„Siehst du auch da noch?“ fragt eine andere.

„Ja, natürlich, winte nur solange du willst, immerzu, ich seh' es schon.“

„Kama, vergiß nicht, der Omi zu sagen, daß ich ihr schreib'.“

„Aber sicher sag ich ihr das, erhol dich gut, nicht wahr?“

„Ich erhol' mich feste, damit ich dir helfen kann. Aber wer hilft dir nun bei der Wäsche?“

„Sel' nur ohne Sorgen.“

„Seht ist der Lehrer gekommen, er steht mit am Wagen.“

„Wenn ihr spazieren geht, immer tief atmen, am besten den Stock über den Rücken unter die Arme stecken, Brust heraus, so!“

Der Lehrer marschiert auf dem Bahnsteig hin — alles lacht. Er ist fast beleidigt.

„Trin' nur viel Milch, Pflsi, wir müssen doch jeden Tag was zahlen; sag' nur, wenn es jemand nicht gefüllt, wir müssen ja auch blechen, jawohl, du führst nicht frei.“

„Hast du denn auch ein Taschentuch, Omi?“

„Ich brauch' keins, die sind alle im Koffer.“

„Doch, du brauchst eins. Und wisch' doch die Hand nicht an das frisch gebügelte Kleid, du hast doch nichts Ates an, ich hau' dich...“

„Mutti, noch einen Kuß!“

Eine junge Frau versucht es. Sie biegt sich hinaus, das Mädel hinab, aber „sie können zusammen kommen“. — Schade, daß man nicht bei der Technischen Nothilfe ist...

„Sib ja auf deine Pakete acht. Drei müssen es immer sein.“

„Ich halt sie fest, immer halt ich sie fest, guh, hier sind sie noch.“

„Du... in welchem T... ist denn die Schokolode?“

„Nehmen wir bald? Ach, erst in drei Minuten...“

„Mutti, du weinst doch!“

„Ja, Kind, eben denk ich, wenn dir nur nichts passiert, es ist doch schon so oft was vorgekommen.“

„Das laß man sein, denk nicht daran, ich nehm' mich schon in acht.“

„Ja, ich bin so unruhig, hast du auch noch das eine Paar Strümpfe?“

„Jetzt höre ich: „Rine, drei Haarbänder haste, wenn du sie nicht mitbringst, alle drei, schlag ich dich kaputt, merk' dir's!“

„Aber wenn ich nichts dafür kann?“

„So siehste aus! Komm mir nicht mit Ausreden, du... ver- stehste!“

Dem Kinde, denk' ich, sind die ersten Tage verdorben. Es wird immer hinter sich greifen, ob... Und wenn eins verloren geht?

„Ich bin froh, daß ich keine Haarschleifen trage.“

„Mutter, kann ich schon von meinem Brot abbeißen?“

„Na, warte doch, bis der Zug fährt, du hast doch vorhin erst ge- gefressen.“

„Ja, aber Reisen macht Appetit, sagt Vater.“

„Na ja, erst reise mal etwas.“

„Bitte Platz nehmen!“ schreit der Mann mit der roten Mütze.

Das geht wie ein Sturm durch die Wagen.

„Er fährt gleich!“ „Es geht los!“ „Mutti, auf Wiedersehen!“

„Grüß Vater noch mal!“ „Schreibt auch gleich!“ „Bergeht nicht, einen schönen Aufsatz mitzubringen, Kinder!“ ruft der Lehrer.

„Füttere die Nimi gut!“

„Keine Sorge, die wird verpflegt,“ ruft es zurück.

„Wer mag Nimi wohl sein?“

„Moi!“ „Am besten, du bindest gar keine Haarschleifen um, hörst du!“

Das meine ich auch. Ich würde sicher keine umbinden, wenn ich so eine Mutter hätte.

„Moi, nicht wahr, das grüne Tuch...“

Jetzt ein Bärmen, ein einziger Schrei der Freude, der Bahnsteig kommt in Bewegung, die Wagen gleiten wie auf Samt dahin, als ob der Bahnkörper von Gummi wäre. Ich wette, die Tochter des Reichministers ist auch dabei, sonst ginge es nicht gar so wunderschön sanft...

„Ach, dies Bild! Zweihundert weiße Lächer winken Freuden- schreie — ein grünes Tuch ist auch dabei. Drei Köpfe übereinander am Fenster. „Leb wohl!“ „Wiedersehen!“ „Rausi, liebe Rausi, komm gut an!“

Das wedelt, das flattert, das winkt, das jubelt.

O, wer gäbe nicht alles drum, mit jung sein zu dürfen, mit sechs Wochen hinauszuweichen, nicht zu denken an Ferienortzüge, Brot- teuerung, Schilchtungsausfluß, dahin, dahin...

Fort ist der Zug — um die Ecke. Selbst das grüne Tuch ist nicht mehr zu sehen... „Wiedersehen!“

Der Golfstrom ist schuld. Ueber die Ursache der gegenwärtigen ungewöhnlichen Hitze sprechen sich die Gelehrten andauernd den Kopf. Zu den vielen vermeintlichen Gründen, die man bereits ausfindig gemacht hat, gefügt sich jetzt ein neuer. Die diesjährige erhöhte Temperatur des Golfstromes, der von Amerika kommend, am Norwegen vorbeigeht und sich im nördlichen Eismeer verliert, soll die Schuld tragen. Als Ursache für die anormale Wärme des Golfstromes aber gibt ein schwedischer Forscher die Eisverhältnisse an.

Im vorigen Jahr hatte sich nämlich die Eiskante höher gegen Norden zurückgezogen, als dies seit Jahrzehnten der Fall gewesen ist. Von diesem starken Schmelzen haben sich die Eismassen des nördlichen Eismeres auch im letzten Winter noch nicht wieder erholen können, so daß der Golfstrom eine ungewöhnliche Möglichkeit hatte, nordwärts vorzudringen. Darum konnte sich dessen Wärme in diesem Jahr schon seit dem Winter in außerordentlichem Grade im Atlantischen Ozean geltend machen.

Eine ärztliche Kapuzinerpredigt. Die Professoren Goupy (Tübingen), Kraspelin (München), Abderhalden (Halle a. S.) und Strümpell (Leipzig) wenden sich in einem Aufruf gegen Alkohol und Tabak an die deutsche Ärzteschaft, der mit den Worten schließt: „Tretet dem Irrtum von der kraftpendenden Bedeutung des Alkohols, der Unentbehrlichkeit des Tabaks sowie dem tragen und frippolen Leichtsinn der breiten Massen unseres Volkes entgegen, damit uns Kerzten der- einst der Bormurk erspart bleibe, daß wir in den schwersten Jahren unseres Volkes unsere Pflicht grüßlich verlehrt haben!“

Es ist gewiß sehr läßlich, daß diese vier Kerzte ihre Pflichten gegenüber dem deutschen Volke ernst nehmen, aber sie brauchen deshalb nicht gleich so grob zu werden. Außerdem verbieten heute die enormen Getränke- und Tabakpreise den „breiten Massen“ den Alkohol- und Nikotinmißbrauch schon von selber. Die Herren läden daher besser, sich mit ihrer medizinischen Buhpredigt an andere Kreise zu wenden.

Die erste internationale Tagung für Sexualreform findet vom 15.—19. September in Berlin im Birchow-Langenbeck-Haus und im Institut für Sexualwissenschaft statt.

Aus dem Programm seien hervorgehoben die Vorträge über „Die Bedeutung der inneren Sekretion für die menschliche Sexualität“ und Referate aus dem Gebiet der Sexualpädagogik. Ferner werden behandelt werden die Themat: „Geschlecht im Recht“, „Die Liebe im Licht der experimentellen Biologie“, „Thereseform“, „Entstehung des Strichmännchens“, „Sexuelle Zeremonien der Naturvölker“, „Prostitution und Sexualreform“ und „Geburtenregelung“. Die einseitigen Vorträge über Sexualreform auf lernwissenschaftlicher Grundlage“ halten San.-Rat Dr. W. Kirchfeld, Prof. Dr. M. K. Rom.

Englische Ausgrabungen in Tell el Amarna. An der Stelle der berühmten Ausgrabungen der Deutschen Orientalgesellschaft, in der Residenz des Königs Amenophis IV., deren herrliche Fundstücke im Berliner Neuen Museum ausgestellt sind, verankert jetzt

Arbeitgeber als Straßenräuber!

Vom Deutschen Landarbeiterverband wird uns geschrieben:

Ein ungewöhnlich frecher Raubüberfall auf einen Gewerkschaftsangehörigen spielte sich am Freitag nachmittag voriger Woche auf der Landstraße von Distelrath (Kr. Düren) nach Solzheim ab. Ein Angestellter des Deutschen Landarbeiterverbandes hatte in Distelrath ein Versammlungsplakat angebracht und nahm dabei die Gelegenheit wahr, die Landarbeiter auf die stattfindende Versammlung aufmerksam zu machen. Er ging in den Hof der Gebr. Strepp in Distelrath und sprach dort mit einigen Arbeitern, zuletzt in Gegenwart des Verwalters. Gleichzeitig hatte er mit einem Mitgliede des Deutschen Landarbeiterverbandes eine kurze Unterredung über eine schwebende Lohnstreikfrage des betreffenden Arbeiters. Danach fuhr er mit einem Fahrrad nach Solzheim zu. Witten im Felde auf der Landstraße wurde er plötzlich von drei mit dem Fahrrad herankommenden Männern gestellt und gezwungen, vom Rade abzustiegen. Der Betroffene erkannte sofort die Landwirte Strepp und ihren sauberen Verwalter wieder, die nun in milderlicher Weise unseren Kollegen beschimpften wie: Du Sausaas, Du Lump, Du Boshewit, Du Leuterebeher usw., ihn ergriffen und zu Boden schlugen, so daß der Angestellte am ganzen Oberkörper blutunterlaufene Stellen aufweist, und der Hals dick angeschwollen ist. — Die ärztliche Untersuchung bestätigte die ungewöhnliche Mißhandlung. Nachdem sie so ihr Opfer zu Schanden geschlagen, schnitten die Herren die Aktienmappe vom Rade weg, in der sich erhebliches Vermaterial befand. Ferner sind dem Angestellten 350 M. in bar abhanden gekommen.

Wir fragen nun, wie ist diese Flegelhaftigkeit dieser tollwütigen Bauern zu verstehen? Antwort: Die Bauern des Kreises Düren haben es bisher verstanden, sich jeden Einflusses ihrer Arbeiter auf die Gestaltung ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erwehren und freuen sich ihres Erfolges, denn nach wie vor werden Hungerlöhne gezahlt und es wird den Arbeitern zugemutet, von früh morgens bis spät abends zu schufteln; da sind denn diese Sorte Christenmenschen besonders wachsam, daß jeder Verlust der gewerkschaftlichen Regsamkeit ihrer Arbeiter mit allen Mitteln unterdrückt werden muß, sei es auch mittels Totschläger, wenn er nur gut geführt wird. Wie oft hatten wir Gelegenheit von dieser Sorte Menschen schwafelige Reden über Christentum und Christliche Lehren zu hören. Wie wenig sie selbst danach leben, beweist nicht allein dieser Fall, ganz allgemein hört man heute noch Klagen, daß sie besonders ihre in Kost und Logis lebende Arbeiter nach Willkür verprügeln. Herr Staatsanwalt, Sie haben das Wort!

Der Besuch Wirths in Bremen.

Bremen, 2. August. (All.) Der Reichskanzler Dr. Wirth weist heute wie bereits gemeldet, in Bremen, um sich über allgemein-wirtschaftliche und Schiffsverkehrsfragen zu unterrichten. Dabei wird er am Abend in der Börse einen öffentlichen Vortrag über die Einwirkung der Politik auf die Wirtschaft halten.

Eingestelltes Verfahren. Das im Mai d. J. gegen den früheren Landrat in Sangerhausen Kasparack eingeleitete Strafverfahren wegen Hochverrats ist durch den Staatsanwalt eingestellt worden.

Ehrhardt und die Marineflagge. Zu unserer Schilderung in der jüngsten Sonntagsnummer über Ehrhardt im Königl. Schloss zu Berlin schreibt uns Genosse Roste, daß seinerzeit Ehrhardt auf seine Veranlassung die Fahne eingezogen habe.

Deutschland als Treuhänder zwischen Rußland und Ungarn. Wie die Dena aus Riga meldet, ist gestern zwischen Rußland und Ungarn ein Vertrag über den Kriegesgefangenen- und Austausch abgeschlossen worden. Der Vertrag sieht bei dem Austausch 400 ungarischer Kommunisten gegen ungarische Kriegsgefangene die Vermittlung eines dritten Staates als Treuhänder vor. Nach zuverlässigen Informationen wird Deutschland gebeten werden, als Treuhänder zu fungieren.

die englische Gesellschaft zur Erforschung Ägyptens neue Untersuchungen.

In dem Bericht, den einer der Vizepräsidenten der Gesellschaft, Lord Carnarvon, jetzt bei Gelegenheit einer Ausstellung der Funde in London erstattet hat, betonte er, auf welcher hohen Stufe die früheren deutschen Arbeiten dort gestanden haben. Er fügte hinzu, daß trotzdem die letztjährigen englischen Untersuchungen die deutschen an Sorgfalt noch übertrifft. Unter den Fundstücken stehen an Seitenstücken zwei Flaschen aus verschiedenem Glas obenan. Auch ein neues Bildhauermodell nach Art der in Berlin befindlichen wurde ausgegraben, mit menschlichen Figuren auf der einen, mit einem sehr schönen Kopf auf der anderen Seite. Lord Carnarvon hob hervor, daß der richtige Name für die um 1375 vor Christi geschaffene Stadt des Pharao „Achetaton“ ist.

Ergebnisse der amerikanischen Volkszählung. Die Volkszählung von 1920 in den Vereinigten Staaten, die nunmehr statistisch ausgearbeitet ist, hat ergeben, daß von der Bevölkerung 94 822 431 Personen der weißen, 10 463 013 der schwarzen Rasse angehören, außerdem zählte man 242 959 Indianer, 111 025 Japaner und 61 686 Chinesen.

Das japanische Element — hauptsächlich an der Küste des Stillen Ozeans anhängig — hat in dem Jahrzehnt von 1910 bis 1920 eine Zunahme um 58,9 Proz. erfahren. Die weiße Rasse hat nur um 10 Proz. zugenommen, die schwarze um 6,5 Prozent, die Indianer um 8,6 Proz. und die Chinesen um 13,8 Proz. Im vorhergehenden Jahrzehnt hatte sich die weiße Bevölkerung um 23,8 Proz. erhöht. Die Verminderung der Zunahme ist, wie der offizielle Bericht feststellt, der Verringerung der Einwanderung infolge des Krieges zuzuschreiben.

„In diesem Restaurant fehlt es an Reinlichkeit.“ Die Polizei von Athen scheint sich die Strenge ihres Abherters Drako zum Ruster genommen zu haben und wendet sie augenblicklich im Kampf gegen die Lebensmittelhändler und Gastwirtschaften an, die in bezug auf Reinlichkeit zu wünschen übrig lassen. Man hat eine Inspektion der Läden und Gasthäuser angeordnet, und die Berichte über ihre Ergebnisse werden in den Zeitungen veröffentlicht. Die Gastwirtschaften erhalten hier Roten über ihr Betragen in diesem wichtigen Punkt, die je nachdem auf sauber, sehr sauber oder schmutzig lauten. Die Polizei traut aber offenbar der Wirkung dieser Veröffentlichungen noch nicht; denn sie macht jetzt bekannt, daß jedes Lokal, das die letzte Note erhalten hat und nach dreimaliger Ermahnung keine Besserung zeigt, dazu verurteilt werden sollte, an seiner Eingangstür ein Schild anzubringen mit der Aufschrift: „In diesem Lokal fehlt es an Reinlichkeit.“ Natürlich hat dagegen ein heftiger Zeitungskampf eingesetzt, und es bleibt abzuwarten, ob die Polizei fest bleiben oder tapfer zurückweichen wird.

Das Recht der deutschen Revolution. Laut der Titul einer Zeitungsnummer des Revolutionsrats, die im Verlage von B. G. Bruns in Hamburg erschienen ist. Als werden zunächst die neuen Bestimmungen „Die Revolution in Ost- und Westdeutschland“ und „Die Groß-Hamburgische Revolutionsrecht“ folgen.

Unterschlagung von Arbeitergeldern.

345 000 Mark verschwunden. — A.P.D.-Führer die Täter.

Folgendes Schriftstück geht uns mit der Bitte um Veröffentlichung zu:

Das große Werk der Hilfe, das unfähliches Leid lindert, das den ärmsten unserer Genossen, den Familien der Inhaftierten, in schwer bedrängter Zeit, vor und nach der Revolution, die einzige Hilfe darbot: Die Unterstützungskommission der Berliner Arbeiterschaft ist bestohlen und betrogen. Wir stellen heute fest, daß die nach der Abrechnung vom 15. April 1921 angeblich auf der Bank sein sollenden 345 329,50 M. bereits am 18., 19., 20. November 1920 von den beiden kommunistischen Treuhändern Paul Edert und Karl Hagen abgehoben wurden und verschwunden sind.

Der Kassensbericht, der in der Generalversammlung der Betriebsräte Berlins am 8. Mai 1921 gegeben worden ist, war Lug und Trug. Die als Kassierer und Revisoren tätigen Adolf Baer, Paul Edert, Otto Wendi, Karl Hagen und Hermann Walter haben frech und unverantwortlich die gesamte Arbeiterschaft betrogen und sie haben mit diesem lägenhaften Kassensbericht auch den dritten Treuhänder hintergangen, der allen Freunden und Kampfgenossen glaubte restloses Vertrauen entgegenbringen zu müssen.

Der Genosse Emil Barth, der von der Generalversammlung der Betriebsräte Berlins beauftragt war, dafür zu sorgen, daß die Unterstützungskommission paritätisch zusammengesetzt werden soll, hat dies zu vollbringen versucht. Die A.P.D. sträubte sich in mehreren Sitzungen, dem Beschluß der Generalversammlung zu entsprechen. Am 1. August 1921 fand die konstituierende Sitzung der neugewählten Unterstützungskommission statt, die den Genossen Emil Barth zum Vorsitzenden und Adolf Baer, trotzdem er nicht anwesend war, zum Kassierer bestimmte. Diese Sitzung beauftragte den Genossen Barth, Gelder der Unterstützungskommission insoweit zu sperren, daß sie nur mit der Unterschrift aller drei Treuhänder abgehoben werden können.

Als Genosse Barth heute früh nach der Bank kam, um dies dort mitzuteilen, erklärte ihm der Filialleiter, daß dies, da nur noch 250,50 Mark als Bankguthaben vorhanden seien, doch nicht mehr zweckmäßig sei. Da nach obengenannter Abrechnung vom 15. April 345 329,50 M. vorhanden sein sollten, stellte Barth fest, daß rund 345 000 M. unterschlagen sind.

Wir warnen die Berliner Arbeiterschaft dringend, noch einen einzigen Pfennig an Baer abzurechnen. Wir bitten ebenso dringend, alle noch vorhandenen Listen möglichst umgehend mit den gezeichneten Beträgen bei dem Genossen Richard Herbst, Berlin, Breite Straße 9, abzurechnen, ebenso leere Listen dort abzuliefern. Diese Einlieferung aller Listen ist dringend notwendig, um nunmehr von Anfang bis heute eine eingehende Nachprüfung aller vereinnahmten und verausgabten Gelder vorzunehmen.

Freigewerkschaftliche Betriebsärzetzentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin,
i. V.: Guiard.
Berliner Gewerkschaftskommission,
i. V.: Carl Bollmerhaus.
Unterstützungskommission der Berliner Arbeiterschaft,
i. V.: Emil Barth.

Die Unterstützungskommission wurde nach den großen Januarstreiks im Jahre 1918 gebildet. Ihr Zweck war, die wegen ihrer politischen Überzeugung Verfolgten und Inhaftierten sowie deren Angehörige zu unterstützen. Sie hat in der Zeit ihres Bestehens zweifellos sehr segensreich gewirkt.

Auf die Einzelheiten dieser ungeheuerlichen Skandalgeschichte, die den moralischen Zusammenbruch der A.P.D. vollendet, kommen wir noch zurück.

Groß-Berlin

Die Frauenarbeit im Rathaus.

„Arbeit und Kampf im Berliner Rathaus“ lautete die Tagesordnung einer Funktionärinnenversammlung, die gestern in der Schulaula, Steinstraße, tagte. Als erste Rednerin sprach die Stadtverordnete Genossin Martha Hoppe, die einen Rückblick auf die Kämpfe gab, die seit 1919 in der Stadtverwaltung geführt worden sind.

Mit festen Vorklagen sei die SPD-Fraktion an die Arbeit gegangen, um möglichst viel für die wertvolle Bevölkerung zu leisten, doch sei eine umfangreiche fruchtbare Arbeit einerseits an der Unmöglichkeit der sozialistischen Parteien, andererseits an dem Widerstand der bürgerlichen Stadtvertreter gescheitert. In den Ausschüssen zur Beratung der Vorlagen sei die SPD nur schwach vertreten gewesen und habe sich deshalb darin nicht auswirken können. Manchmal habe sich die Situation in der Stadtverwaltung so gestaltet, als ob man sich in einem Tollhause befinde. Die Unabhängigen und Kommunisten hätten zwar für jede Lohnerhöhung der städtischen Arbeiter gestimmt, aber nicht für die Deckung der Ausgaben Sorge getragen, wie auch die Ablehnung des letzten Etats beweise. Die Forderungen der Arbeiter habe die SPD als gerechte gern anerkannt, indes habe man auch berücksichtigen müssen, daß für sie die nötige Deckung erforderlich war. Nun stehe man wieder, und zwar zum drittenmal seit der Revolution vor den Stadtverordnetenwahlen. Wie diese aber auch ausfallen mögen, eine gewisse Gewähr sei doch dafür gegeben, daß die Demokratisierung der Stadtverwaltung weitere Fortschritte machen werde. Auch für die Durchsetzung der Frau müsse weiter gekämpft werden. (Lebhafte Beifall.)

Frau Kullke gehört der Wohlfahrtsdeputation an. Sie konnte der Versammlung die erfreuliche Mitteilung machen, daß es ihr möglich gewesen ist,

eine besondere Unterstützung der Almosenempfänger zu bewirken, was der Stadt allerdings etwa 3,5 Millionen Mark gekostet habe. Auch Belleidungsgegenstände habe die Deputation auf ihren Rat an die Armen bewilligt, ebenso sei das Los der Blinden durch mehr Fürsorge erleichtert worden.

Genosse Stadtrat Dittmer berichtete aus dem Jugendamt, daß hier das Beste auf allen Gebieten geleistet werden konnte. Die Berufsvormundschaft habe einen bedeutenden Umfang angenommen. Es bereite ihm große Freude, konstatieren zu können, daß sich in weiten Kreisen der Bevölkerung ein lebhaftes Interesse für die Jugendpflege befinde. Dr. Hum habe sich als ein guter Leiter der Fürsorgezöglinge auf „Lindenhof“ erwiesen. Nicht weniger als 65 000 Kinder zu versorgen, sei eine gewaltige Aufgabe für das Jugendamt, doch sei zu hoffen, daß diese bestens gelöst werden könne und daß hierzu die vorhandenen Mittel sich als ausreichend erweisen. (Beifall.)

Genossin Schmidt schilderte in ihren Ausführungen die Tätigkeit der Ernährungsdeputation und das Wirken der Sparkassen. Dem Aufwachen der Zwangswirtschaft sei leider eine empfindliche Steigerung der notwendigen Lebensmittel gefolgt. Obgleich auch die Kartoffeln freigegeben worden seien, habe die Deputation doch dahin gewirkt, daß der Magistrat ein

größeres Quantum Kartoffeln auf Lager nehmen werde, um so etwas in Reserve zu haben und den Preis regulieren zu können. Gerade die Ernährungsdeputation habe einen schweren Stand und werde obendrein noch mit ganz ungerechten Vorwürfen überhäuft. So sei auch der Vortwurf, daß die Milch durch die Stadt verteuert werde, völlig unbegründet. Leider sei eine erhebliche Erhöhung des Brotpreises zu befürchten. Wenn irgend möglich, werde die Stadt einen

Höchstpreis festhalten müssen.

Hierauf sprachen noch mehrere Redner und Rednerinnen. Auch Genossin Lodenhagen nahm vor Schluß der Versammlung noch das Wort, um auf einige in der Aussprache vorgebrachten Tatsachen näher einzugehen. Sie rief zu reger Werbung auf, damit die bevorstehenden Wahlen zur Stadtvertretung einen günstigen Verlauf nehmen und die Partei fürder an der städtischen Verwaltung teilnehmen könne. Wie aus den heute vorgebrachten Mitteilungen über die Tätigkeit der Genossinnen in der Verwaltung bekannt geworden sei, erscheine die Mitwirkung der Frauen in verschiedenen Deputationen als unentbehrlich, um so mehr müsse dahin gestrebt werden, daß der ihnen zu überweisende Wirkungsbereich durch die Neuwahlen eine wünschenswerte Erweiterung erfahre.

Neuerungen im Fernspreche.

Querverbindungen widerrussisch erlaubt.

Die Reichstelegraphenverwaltung beabsichtigt, den Fernsprechteilnehmern größere Freiheit in der Herstellung und dem weiteren Ausbau ihrer Nebenstellenanlagen zu geben. Schon immer wurde es von der Telegraphenverwaltung empfohlen, daß die Hauptstellen nicht reichsweiser Nebenstellenanlagen nicht durch unmittelbare

Verbindungen (Querverbindungen) miteinander verbunden werden könnten. Das soll künftig gestattet sein, und zwar nicht nur zwischen Hauptstellen im Anschlußbereich desselben Ortsnetzes, sondern in Ausnahmefällen auch zwischen Hauptstellen in den Anschlußbereichen verschiedener Ortsnetze, soweit diese nicht über 25 Kilometer von einander entfernt sind. Die Ober-Postdirektionen sind vom Reichspostminister ermächtigt worden, Anträgen auf Herstellung von Querverbindungen dieser Art sofort, zunächst widerrussisch, zu entsprechen. Weitere Maßnahmen, durch die dem Fernsprechteilnehmer die Möglichkeit gegeben werden soll, gegen Zahlung von Sondergebühren seinen Anschluß zur Steigerung der Benutzungsöglichkeit weiter auszubauen, sind in Vorbereitung.

Jagd hinter einem Einbrecherauto.

In der letzten Zeit waren in vielen großen Konfektionsgeschäften Einbrüche ausgeführt worden, bei denen den Dieben große Werte an Seiden- und anderen Stoffen in die Hände gefallen waren. Die Nachforschungen hatten ergeben, daß jedesmal in der Nähe der Einbruchsstelle ein Automobil gefahren worden war. Auf dieses Automobil machten nun Beamte der Dienststelle B. L. 4 Jagd. Es gelang ihnen auch jetzt endlich, dem geheimnisvollen Automobil nach einem Einbruch in ein großes Geschäft auf die Spur zu kommen und die dort gestohlene, wiederum mit dem Kraftwagen fortgeschaffte Beute im Werte von 150 000 M. zu beschlagnahmen. Das Auto fuhr nach der Somarierstraße 18, wo die Fahrgäste mit Ballen und Säcken in dem kleinen Zigarrenladen von Eduard Huber verschwanden. Dort wurde dann bald darauf die ganze Beute gefunden und beschlagnahmt und der Ladenbesitzer Huber festgenommen. Er gab nun an, daß er mit dem Einbruch nichts zu tun habe, die Sachen ihm vielmehr von einem Unbekannten gebracht worden seien. Am Tatort aber hatten unterdessen die Beamten Fingerabdrücke gefunden, und der Erkennungsdienst konnte einwandfrei feststellen, daß sie von den Händen des Huber herrührten, der so der Beteiligung am Einbruch überführt werden konnte.

Unaufgeklärter Waffensfund.

Ein geheimnisvoller Waffensfund, der nach der Auffklärung bedarf, ist, wie uns mitgeteilt wird, heute auf dem Güterbahnhof Roggenviehhof gemacht worden. Ein irrtümlich dorthin gelangter Wagon mit Eisenstrot enthielt, als man ihn durchsuchte, 150—200 neue Gewehr- und Karabinerläufe beliebigen Modells und 5 Kisten dazugehöriger Munition. Die Waffen waren geschickt unter dem darüber geschichteten Eisenstrot versteckt. Das Berliner Polizeipräsidium wurde von dem Fund benachrichtigt und die Nachforschung nach dem Eigentümer sofort eingeleitet.

Wohnlauben und Heimatschutz. Der Regierungspräsident in Potsdam hat mit Zustimmung des Bezirksausschusses für den Regierungsbezirk Potsdam die zur Förderung der Wohnlaubenbewegung erlassene Sonderpolizeiverordnung vom 11. April 1919 für die landwirtschaftlich hervorragenden Gegenden, die unter besonderen Schutz gestellt sind und noch gestellt werden, aufgehoben. Für diese Gegenden bedürfen also Wohnlauben der allgemeinen baupolizeilichen Erlaubnis.

Das Stiefkind Lichtenrade. Auf der Dorfaue in Lichtenrade fand am Sonntag, den 31. Juli, eine Protestversammlung gegen die unzulässigen Verkehrsverhältnisse von Lichtenrade nach Berlin statt. Alle Redner traten energisch für die Weiterführung der Linie 73 von Mariendorf und der Linie 28 von Budow nach Lichtenrade ein. Es wurde eine Resolution beschossen, die Protest erhebt gegen die vollständig ungenügenden Verkehrsverhältnisse zwischen der Stadt Berlin bzw. den Orten des Bezirks XIII und des Ostteils Lichtenrade und sofortige Inangriffnahme der Verlängerung der Straßenbahnlinien 73 und 28 bis Lichtenrade fordert. Die Einwendung einer Unrentabilität dieser Linien sei nicht stichhaltig, da die Bienen an den Endhaltestellen bereits jetzt immer voll besetzt sind und die Bauarbeiten bei einer Weiterführung der Straßenbahn ganz bedeutend ausbleiben würde.

Im Berliner Aquarium haben sich in Glasbehältern des Tropenraumes im Insektarium eine Anzahl der hier gezüchteten Larven der indisch-malaysischen Riesenstaubeheuschrecke zu Vorkümmern verwandelt. Die Weibchen sind wohl die größten Insekten, die es überhaupt gibt und wirken in ihrer grünlichen, zweigehäugelten Gewandung beinahe ungeheuerlich, während die auffallend kleinen und schlanken Männchen mit etwa 1 Gramm nur 1/10 ihrer Frauen wiegen. Die in kurzem erscheinenden Eier liefern erst nach Halbjahresfrist die Larven, die wieder ungefähr 4 Monate brauchen, um heranzureifen.

Der Arbeiter-Vorstand der 1922 gelangt Anfang September d. J. bei der Verhandlung vor dem Reichsgericht, Berlin, O. 68, zur Verhandlung. Während er im Vorjahr aus Breitscheidern nur mit einem Inhaftierten Kartennachlass versehen war, präsentiert er sich diesmal wieder in einem sehr schönen Einband mit künstlerischer Signatur. Der Textteil hat eine neue und umfangreichere Zusammenfassung erfahren. Der Arbeiter-Vorstand ist nun jeder Parteibuchhandlung zu beziehen.

Das Wetter für morgen.

Überwiegend sehr warm und leicht, überwiegend heiter, ziemlich lebhaft schließliche Bünde; nachher zunehmende Bewölkung, Gewitterneigung und etwas kühl.

Gewerkschaftsbewegung

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter im Jahre 1920.

In dem ungeheuren Aufschwung, den das Jahr 1919 den freien Gewerkschaften brachte, hatte auch der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter seinen rechtlichen Anteil. Ganze Arbeitergruppen, die vor der Novemberrevolution nur schwer oder gar nicht zu organisieren waren, strömten jetzt dem Verband zu. Es seien nur erwähnt: das Personal in den Krankenhäusern, Irren- und sonstigen Heilanstalten, die Arbeiter in den Staatsbetrieben und staatlichen Verwaltungen, die Landstraßenwärter usw. Die Folge dieses Zustroms war, daß die Zahl der Mitglieder von 90 705 im 219 Filialen am Jahreschluß 1918 auf 270 886 in 567 Filialen am Jahreschluß 1919 stieg. Das Verbandsvermögen wuchs im gleichen Zeitraum von 1 167 049 M. auf 4 553 549 M.

Weniger stürmisch war der Mitgliederzuwachs im Jahre 1920. Die Zahl der Verbandszugehörigen stieg auf 290 891, die der Filialen auf 795. Dagegen wuchs das Verbandsvermögen infolge mehrfacher Beitragserhöhungen auf 11 280 477 M. oder von 18,06 M. auf 43,03 M. auf das einzelne Mitglied.

So ausgerüstet konnte der Verband auch tatkräftig und erfolgreich für seine Mitglieder wirken. In 1462 Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung, die sich auf 3985 Betriebe erstreckten, erreichte er für 317 513 Beteiligte eine wöchentliche Lohnsteigerung von 32 597 892,12 M. oder 104,32 M. für den einzelnen. Das ist ein außerordentlicher Erfolg, denn die wöchentlichen Lohnsteigerungen betragen 1919 nur 21,75 M.

Weiter wurde erreicht eine Verkürzung der Arbeitszeit von durchschnittlich 9,00 Stunden für 4302 Personen = 39 115 Stunden, die über dem Achtstundentag lag und fast ausschließlich dem Personal in den Heil- und Pflegeanstalten und den Landstraßenwärtinnen zugute kam.

Neben diesen friedlichen Lohnbewegungen hatte der Verband noch 33 Streiks zu führen, von denen einige erheblichen Umfang annahmen. 29 von diesen 33 Streiks endeten mit Erfolg, während die anderen 4 erfolglos ausgingen. Erreicht wurde durch diese 29 erfolgreich geführten Streiks für 30 876 Personen eine wöchentliche Lohnsteigerung von 522 822,18 M.

Während diese Streiks geführt wurden, machte sich die „Technische Notlage“ recht unangenehm bemerkbar, da sie auch zu Streikbrüchigkeiten benützt wurde. Ihr galt der Kampf des Verbandes im besonderen.

Vor der Revolution hatten die Gemeinde- und Staatsarbeiter viele Schwierigkeiten die Anerkennung des Koalitionsrechts zu ringen, als die Arbeiter in der Privatindustrie, und noch weniger waren die Verwaltungen der Gemeinde- und Staatsbetriebe zu Tarifverträgen bereit. Nur ganz wenige Stadtverwaltungen machten Ausnahmen.

Die Revolution machte auch hier den Weg frei. Bereits am 5. Februar 1919 wurden vom Vorstand des Gemeindefacharbeiterverbandes und dem Vorstand des Deutschen Städtetages „Richtlinien für Tarifverträge zwischen Stadtgemeinden und städtischen Arbeitern“ unterzeichnet, die später auch vom Reichsarbeitsrat anerkannt wurden. Staatlich erzwungen wurden vom Verbandsvorstand für das Jahr 1919 150 Tarifverträge, bei deren Abschluß in den allermeisten Fällen die Richtlinien als Unterlage dienten. Sie erstreckten sich auf 1137 Betriebe in 200 Orten mit 93 527 Beschäftigten. Im Jahre 1920 gelang es, die „Richtlinien“ in einen Reichsmanteltarif umzuwandeln, der die Schaffung von Bezirksstarifen stark begünstigte. Solcher Bezirksstarifen kamen 1920 13 zustande.

Für die Verwaltungsarbeiter bei den Reichs- und preussischen Staatsbehörden galt der Reichstarifvertrag vom 7. November 1919. Neben dem später getroffenen Ergänzungsabkommen. Für die Betriebsarbeiter bei den Reichsbehörden galt der Tarifvertrag vom 4. März 1920, der mit Ausnahme der Lohnabelle inhaltlich sich mit dem Tarifverträge vom 7. November 1919 deckt. Für die Staatsarbeiter in den einzelnen Ländern, mit Ausnahme von Preußen, bestehen für die verschiedenen Betriebsarbeiten besondere Verträge und auch zentrale Tarifverträge.

Ermüht möge nach werden der Abwehrkampf, den die Reichsleitung Gesundheitswesen zu führen hatte gegen die Bestrebungen, den Achtstundentag in den Heilanstalten aller Art wieder zu befestigen. Die Achtstundentagverordnung vom 23. November 1918 wurde nur in den Anstalten anerkannt, wo das Personal von vornherein genügend stark organisiert war. In anderen mußte der Achtstundentag erst erzwungen werden. Von Arbeitgebern wurde versucht man oder immer wieder abzubauen. Schließlich kam dieser Reaktion noch das Reichsarbeitsministerium mit einem Geheimgesetz zu Hilfe, der zwar den Krankheitspflegepersonen den Achtstundentag aussetzte, dem übrigen Personal aber eine längere Arbeitszeit zumutete. Wiederholte Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium, an denen alle Krankheitspflegeorganisationen beteiligt waren, führten dazu, daß sich die behandelnde Kommission auf die 60-Stunden-Woche für das gesamte Personal in den Heilanstalten festlegte. Schuld an diesem Ergebnis war, daß die Vertreter der religiösen Orden und die Vertreterin der (bürgerlichen) Berufsorganisation der Krankenpflegerinnen mit den Arbeitgebern stimmten.

Infolge der Auflösung der Nationalversammlung stieß die Angelegenheit unerledigt. Die Reichsregierung scheint der preussischen Staatsregierung entsprochen zu haben, die die Reichsregierung am 23. Dezember 1920 ersuchte, die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit der Krankheitspflegepersonen noch hinauszuverschieben, bis nach einer weiteren Prüfung der äußerst schwierigen Angelegenheit eine entsprechende Klärung und ein Ausgleich der zwischen den einzelnen Gruppen des Krankheitspflegepersonals noch bestehenden tiefgreifenden Gegensätze stattgefunden hat.

Dafür hatte die Reichsregierung in dem allgemeinen Geheimgesetz zur Regelung der Arbeitszeit das Krankheitspflegepersonal „ebenswürdigweise“ in die Gruppe derjenigen Arbeiter mit eingereiht, deren Tätigkeit zum erheblichen Teil nur aus Arbeitsbereitschaft besteht und deren Arbeitszeit bis auf täglich 11 Stunden aus-

gedehnt werden kann. Der Geheimgesetz ist infolge des Einspruchs der Gewerkschaftsvertreter glücklicherweise wieder zurückgezogen worden, wäre er aber Gesetz geworden, so hätte er einen Zustand geschaffen, der sich von dem miserablen der Vornovemberzeit wenig unterscheiden hätte.

So hat der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter umfangreiche Kämpfe zu führen gehabt, die erfreulich große Erfolge zeigten, und die zeigen, wie notwendig jene „Klugen“ Leute waren, die in der Revolutionszeit meinten, die Gewerkschaften seien nun überflüssig.

Kellner und Trinkgeldfrage.

Mit der Abschaffung des Trinkgeldes beschäftigte sich eine außerordentlich stark besuchte Nachversammlung der Gastwirtschaftlichen und Zimmermädchen, die in der Nacht vom Montag zum Dienstag in den Germania-Sälen tagte. Redner des Abends war Saar, der sich in seinem Referat mit aller Schärfe gegen das Trinkgeld aussprach.

Die Frage, ob Trinkgeld oder nicht, sei keine neue, und auch die Abschaffung sei früher schon beschlossen worden. Die Gastwirtschaftlichen waren aber zur gründlichen Durchführung des Beschlusses nicht in der Lage, weil ihre Organisation nicht kräftig genug war, die Forderung durchzusetzen. Heute wolle man siegen der Hotel- und Restaurantbesitzer das Trinkgeld nicht nur nicht abschaffen, sondern neu wieder einführen. Die Revolution hat den Achtstundentag gebracht. In den acht Stunden kann der Gastwirtschaftliche nicht soviel Trinkgeld, als zur Existenz nötig ist, erwerben. Es würde sich fragen, ob wir uns gegen den Achtstundentag oder gegen das Trinkgeld wenden wollen. Gegen den Achtstundentag können wir uns nicht wenden, folglich wenden wir uns gegen das Trinkgeld und verlangen für unsere Arbeit einen anständigen Lohn.

Wie schon die Professoren Roscher und Schmöller erklärt haben, steht das Trinkgeld zwischen Arbeitslohn und Almosen. Auch Professor Dr. Oldenburg hat das Trinkgeld als eine Entlohnung bezeichnet, die das Ehrgefühl bricht, die Kameradschaftlichkeit gefährdet, zum Katastrophen erzieht und das Gefühl der sozialen Zurücksetzung reizt. — So urteilt unparteiische Gelehrte. Würden wir weiter für Trinkgeld arbeiten, hätten wir auch nicht zu erwarten, daß die Arbeitgeber sich fernerhin zum Abschluß eines Lohnvertrages bereitfinden lassen. Wenn wir keine Bettelpfennige, keine Almosen wollen, müssen wir mit dem Trinkgeld endlich reinen Tisch machen. (Stürmischer Beifall.)

In der anschließenden Aussprache kam es zu lärmenden Auftritten. Richter (Komm.) erklärte, daß man erst höhere Löhne, dann Abschaffung des Trinkgeldes fordern müsse. Das Trinkgeld werde man nicht eher beseitigen, bis die ganze kapitalistische Gesellschaft beseitigt sei. (Beifall und Widerspruch.) Von einem nachfolgenden Redner wurde darauf hingewiesen, daß die Gehilfenschaft in der „Gesellschaft für soziale Reform“ einen guten Bundesgenossen habe. Im weiteren Verlauf der Tagesordnung steigerte sich der Lärm derartig, daß der Vorsitzende die Ruhe nicht wiederherstellen konnte und deshalb die Versammlung vertagte.

Die Ausführungen des kommunistischen Redners werden von den Freunden des Trinkgeldwesens mit tieferer Freude begrüßt werden, denn sie können sich bei ihren reaktionären und arbeitserföndlichen Zielen wirklich keine besseren Helfer wünschen, als diese radikalen Rückstufierer. (D. Red.)

Generalversammlung der Berliner Buchdrucker.

Der Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer hielt am Montag im Gewerkschaftshaus eine außerordentliche Generalversammlung ab. Ueber die Verhandlungen im Buchdruckergewerbe und ihr schließliches Ergebnis, über die der „Vorwärts“ bereits eingehend berichtet hat, referierte Massini. Er kam zu dem Schluss: Was uns die Siebener-Kommission als Resultat der Schlussverhandlung vor dem Reichsarbeitsministerium heute vor acht Tagen brachte, sei zwar materiell nicht sehr erheblich, es habe aber eine größere moralische Bedeutung. Im übrigen betreffe die Regelung nur die Monate August und September und bereits im September fanden neue Verhandlungen statt, bei denen auch die neuen Lebensmittelpreiserhöhungen zu berücksichtigen sind. Wenn vorher die Gehilfenschaft ihren Vertretern für die neuen Tarifverhandlungen die Wege weist, die zu gehen sind, und wenn sie selber geschlossen zusammensteht, dann werde es gelingen, die wirtschaftliche Lage der Gehilfenschaft so zu gestalten, wie es notwendig ist. (Beifall.)

Nach einer lebhaften und eingehenden Debatte, an der sich auch der Verbandsvorsitzende Seig beteiligte, erklärte sich die Versammlung mit den Abmachungen unter der Voraussetzung einverstanden, daß der Tarifauschuss in seiner Sitzung im September den berechtigten Wünschen der Gehilfen unumwunden Rechnung trägt.

Zu dem Streik der Buchbinder in der Kontobuchbranche teilte Massini mit, daß in der Angelegenheit Dienstag mittag von dem Reichsarbeitsministerium verhandelt wird. Für den Fall, daß keine Beilegung des Konflikts erfolge, habe er im Auftrage des Gewerkschaftsvorstandes zu erklären, daß in Druckerien, die Streikarbeit der Buchbinder leisten wollen, von den Buchdruckern strikte jede Streikarbeit abzulehnen sei, was ja auch schon bisher beachtet worden wäre.

Einstimmig angenommen wurde eine Entschliessung, durch die der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund aufgefordert wird, eine allgemeine Hilfsaktion für die hungernde und notleidende Bevölkerung Rußlands einzuleiten.

Beendigung der Lohnbewegung im Metallhandel.

Ein Beispiel dafür, daß der Arbeitgeberverband des Großhandels auch einmal schnell arbeiten kann, ist die Bewegung im Metallhandel. Am 8. Juli wurde eine 20proz. Lohnforderung eingereicht. In den Verhandlungen ist dann eine Einigung auf der Basis des Tarifes im Eisenhandel zustande gekommen mit der Maßgabe, daß eine Umgruppierung der Sortierer und der qualifizierten Arbeiter von Gruppe III nach Gruppe II stattfand. Die Gruppenversammlung nahm dieses Angebot gegen eine größere Anzahl Stimmen an. Etwas Wertwürdiges erlangte sich dann allerdings bei der Unterzeichnung des Vertrages. Während es sonst im Arbeitgeberverband des Groß-

handels üblich ist, daß alle Verträge durch den Syndikus, Dr. Engel, unterzeichnet werden, hat man diesmal den Vorsitzenden der Fachgruppe, Herrn Heilbronner, unterschreiben lassen.

Der Zweck dieser Maßnahme ist allerdings recht durchsichtig. Herr Dr. Engel vertritt das Prinzip, daß die Tarife des Großhandels 300 M. nicht erreichen dürfen. Der Tarif im Metallhandel erreicht ja überschneidet teilweise diesen Satz. Nun will man den anderen Fachgruppen sagen können: „Da der Vertrag im Metallhandel ist nicht mit uns, sondern mit der Fachgruppe geschlossen worden.“ Um dieses Argument von vornherein hinfällig zu machen, stellen wir fest:

1. Die Verhandlungen im Metallhandel sind auf Arbeitgeberseite von Herrn Dr. Engel, Syndikus des Groß-Berliner Arbeitgeberverbandes des Großhandels geführt worden.
2. Der Vertrag trägt folgende Unterschrift:
„Groß-Berliner Arbeitgeberverband des Großhandels, Gruppe Metallhandel“
Der Vorsitzende der Fachgruppe
Hugo Heilbronner.

Damit ist der Beweis erbracht, daß der Arbeitgeberverband des Großhandels diesen Vertrag abgeschlossen hat. Wir empfehlen allen Gewerkschaftsmitgliedern diese Feststellung zur besonderen Beachtung. Alle näheren Auskünfte erteilt Kollege Rohlschmidt, Engelstr. 14/15, vorn II., Zimmer 32.

Der Bauarbeiterstreik im Saargebiet. Der Konflikt im Baugewerbe dauert in schärfer Form an. Die Arbeiter der Klempner-, Installations-, Elektrikinstallations- und Zentralheizungsarbeiten haben sich dem Zustand angeschlossen. Die Arbeitgeber im Malergewerbe des gesamten Saargebietes haben die bei ihnen Beschäftigten ausgesperrt. Der Arbeitgeberverband bedroht zwei arbeitende Baugeschäfte mit Repressalien. Durch Verhandlungen mit der Polizeidirektion hat er erreicht, daß Basse nach Frankreich an streikende Arbeiter nicht mehr ausgestellt werden.

Streik der holländischen Bergarbeiter. Sonntagnachmittag sind die Delegierten der holländischen Bergarbeiter zu einer Konferenz zusammengetreten, auf der die Vorschläge der Bergwerksdirektionen besprochen worden sind. Danach fand eine allgemeine Versammlung der Bergarbeiter statt, auf der mit sämtlichen Stimmen der Streik proklamiert wurde.

Streik in den Krankenhäusern Nieder-Oesterreichs. Die Ärzte und das Pflegepersonal sämtlicher Krankenhäuser in Wien und ganz Nieder-Oesterreich treten heute in den Zustand, weil sich zwischen den Landesbeamten und der Landesregierung Meinungsverschiedenheiten über die Anwendung der staatlichen Befehlsordnung auf die Landesbeamten ergeben haben.

Lohnbewegung an den Wiener Theatern. Anlässlich der neuen Spielzeit an den Theatern haben alle Staatsangestellten eine 30proz. Erhöhung ihrer Monatsbezüge verlangt.

Schlechte Aussichten für deutsche Jahresarbeiter in Griechenland. Nach einer Meldung der „Dena“ ist eine nicht unbedeutliche Zahl deutscher Arbeiter, die im Laufe des vorigen Jahres auf Grund von besonders verlockend erscheinenden Angeboten nach Griechenland zurückgekehrt. Es handelt sich besonders um Glasarbeiter, ferner auch um Mechaniker, Dreher, Monteur, denen neben freier Wohnung 500—600 Drachmen Lohn monatlich zugesichert worden war. Diese Löhne sind aber, insbesondere infolge des Fallens des Drachmenwertes und der damit verbundenen Teuerung, in letzter Zeit völlig unzureichend geworden. Da die betreffenden Fabrikleitungen sich auf eine Erhöhung des Lohnes nicht einließen, oder den berechtigten Wünschen der Arbeiter auf Verbesserung in nur ganz geringfügigem Umfang nachkamen, ist bei den noch in Griechenland befindlichen Auswanderern der Wunsch lebendig, sobald wie möglich nach Deutschland zurückzukehren.

Zentralverband der Reichsämter und Helfer. Geschäftsstelle Groß-Berlin, Am Rittmoos, 3. August, abends 7 Uhr, bei Schulg. Am Rittmoosstr. 2 im 1. Stock. Besprechung der Reichsämter und Helfer in der Metallindustrie. Tagesordnung: 1. Unternehmerrunden. 2. Die Tätigkeit der Tagesordnung entsprechend, ist es Pflicht eines jeden Vertrauensmannes, pünktlich zu erscheinen, sonst keine Bestätigung zu erwarten.

Zentralverband der Angestellten. Papier, Graphisches Gewerbe, Mitglieder-Versammlung 4. August, 7 1/2 Uhr, Englischer Hof, Alexanderstr. 22.

Deutscher Transportarbeiter-Verband (Bezirk Groß-Berlin). Sektion II, Donnerstag, den 4. August, abends 7 Uhr, Zentral-Beisitz, Alte Jochenstraße 32, allgemeine Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Bericht vom internen Transportarbeiterkongress in Genua. Referent: Kollege O. Ortrump. 2. Tätigkeitsbericht der Sektionsleitung für das II. Quartal 1921. 3. Disziplin. 4. Reichsbundes- und Sektionsangelegenheiten. — Brände 3b (Glas und Keramik). Am Donnerstag, den 4. August, abends 6 Uhr bei Fayenza, Reichstraße 13, Sektions-Versammlung. Bericht der Lohnkommission.

Aus der Partei.

Der Führer der australischen Arbeiterpartei gestorben.

London, 2. August. (G.) T. J. Ryan, der Führer der australischen Arbeiterpartei, der von 1915—1919 Ministerpräsident war, starb im Alter von 43 Jahren an Lungenentzündung nach nur zweitägiger Erkrankung.

Aus aller Welt.

Der Waldbrand bei Nürnberg. Der gestern gemeldete große Waldbrand bei Nürnberg ist noch immer nicht gelöscht. Gestern sind weitere 20 Hektar Waldbestand, im ganzen also circa 450 Hektar, vernichtet worden. Neben der Feuerwehr sind 4 Landespolizei und Reichswehr mit Lösungsarbeiten beschäftigt.

Ein serbisches Munitionslager explodiert. In der Nähe von Aragjowac ist ein Munitionslager in die Luft geflogen. Es gab einige Tote.

Uhl Badegäste in der Donau ertranken. Gestern sind in der Nähe von Budapest acht Badegäste tot aus der Donau gezogen worden.

Serantis für den redbalt. Teil: Dr. Werner Beller, Charlottenburg; für Anzeigen: Dr. Oeder, Berlin. Verlag: Fortschritt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Fortschritt-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin. Anzeigens. 3.

Nutzeisen

Stabeisen, Bleche, T-Träger, U-Eisen, Rohre, Kette, Lagerbüchse, Riemenscheiben, Fußstangen usw. in verschied. Dimensionen haben abzugeben

Nutzeisenabteilung, Bln.-Neukölln
Weserstr. 35/36 — Tel. Neuk. 4170

COHN & BORCHARDT
Zentrale: Lichtenberg, Rittergutsstr. 47/48
Telegr.-Adresse „Ercobor“, Tel. Lichtenb. 16647

Alte Hüte

Impressen und Modifizieren von Damen- und Herrenhüten. Vorzügliche billige Ausführung.

Im-
pressier-
Herm. Fuchs
Berlin O 112,
Frankfurter Allee 297.

Arbeitskleidung Hosen

von 45.— bis 225.— M
Hemden, Unterhosen, Socken
Berufskleidung
Gute Ware! Billigste Preise!
Gerh. Köhnen
Neukölln, Hermannstr. 76/77

Prismen-Feldstecher

besond. Zeiss u. Goerz werden ständig angekauft

Photohaus Stockmann
Berlin W9, Potsdamer Str. 133

Stinnes Neu!

und seine 600000 Arbeiter

Von Kurt Heinig

Eine überaus interessante Schrift, die Hugo Stinnes Herkunft u. Aufstieg schildert, sowie seine ganze ungeheuerliche Macht, seine Bestrebungen, Einflüsse und Operationen auf Grund eines reichen zuverlässigen Materials kritisch aufdeckt.

Preis 2,50 Mark

Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW 68, Lindenstraße 2

Kapitan-Kautabak

einmal probiert — immer geliebt
Feinstes Kautabak: Best. frisch, 50
Kant. 1. den 3. Quartier, Kautabak
Kautabak, 100 g. 100 g. 100 g.
General-Vertrieb: 6. Köder, Berlin,
Café-Vertrieb: 22. (Rgt. 3861)

Lombard-Haus

Höchste Beilehung
Diskret., Reelle
Gelegenheits-
käufe, Uhren,
Bijouterie,
Schmuckstücke.
10—50% unter Ladendr.

Krause Pianos

zur
Miete

Ansbacher Straße 1,
Ecke Kurfürstenstraße

Vorwärtsstrebende und Erfinder

Gute Dienstleistungen
Vorfürderung und Anregung
Gebrauch: Praktischer, Annehm-
lichkeit, Freude
1922 findet gratis

F. Erdmann & Co.,
Berlin, Röntgenstr. 71.

Zur Sommer- u. Kinderfeste

Kopfbedeckungen, Stiefeln,
Jamaschons- u. Verlobungs-
kerl, Feuerwerk, Spielzeug,
Festbesen, etc. u. vielen
Böhl & Weber Nachf.
Am Spittelmarkt 4-7, 1
Spezialhaus
für Karneval- u. Vereinsartikel
Bestellen Sie Tischnetze

Metal-Bettstellen

Kinderwagen, Bett-
federn, Korbmöbel
Fürst, Neukölln
Hermannstraße 31
Ecke Mahlower Str.

Fabrikpreise
Lieferung
frei Haus

Erstl. Ausführung, 3 Jahre
Garantie. Umarbeit. alt. Gebisse
Reparaturen sofort. Goldkronen
Brillen. Teilzahl. 6-7, Sonnt. 3-1
Hempel, Dentist, Liniestr. 220, hauser Toe

Brillanten, Juwelen

kauft auch ganze Nachlässe
besonders große Posten
gute Ware, zum höchsten Kurs

Amsterdamer Diamantenschleifer
Gegr. 1692, 160 Friedrichstr. 160